

Fluglärm und Atomendlager St-Louis. Districtsrat tagte

ANNETTE MAHRO

Mit dem Fluglärm und Atomendlager-Standort wurden im Eurodistrictsrat heisse Eisen diskutiert.

Eine von allen Flughafenliegern akzeptierte trinationale Verteilung der Lärm- und Luftbelastung am EuroAirport will der Rat des trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) durchsetzen. Ein innerhalb des Gremiums erarbeiteter Vorschlagskatalog wurde in der gestrigen Sitzung in Saint-Louis einstimmig verabschiedet. Angeschlossen hat sich ihr auch der neue Baselparter Landratspräsident Hanspeter Frey (FDP), der sich besonders in der Forderung, so weit

als möglich seien direkte Anflugverfahren zu nutzen, bestätigt fühlte.

Den Wunsch der Districtsratskommission Verkehr, dass Entlastungen auf der einen Seite nicht zu Lasten der Nachbarn gehen dürften, nannte der Allschwiler fromm aber unrealistisch: «Ich glaube, das ist kaum umsetzbar.» Die weiteren Forderungen nach der Nutzung ausschliesslich lärmarmer Flugzeuge, einer Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr und Flugplankomprimierung ausserhalb der Randstunden und Wochenenden unterschrieben indes alle. Der Ratspräsident und stellvertretende Maire von Saint-Louis, Jean-Marie Zoellé, sprach sich mit dem Binninger Gemeindepräsidenten Charles Simon für eine deutliche trinationale Stossrichtung aus. Zoellé mahnte dennoch auch Rechte der dünner besiedelten Gebiete an.

UMSTRITTEN. Während das Thema Hafenlärm nur kurz gestreift und die Diskussion um Grenzen bei der nationalen Planung von Einkaufszentren auf die nächste Districtsratssitzung vertagt wurde, schieden sich die Geister unerwartet heftig an der Formulierung eines Antrags, ein Tiefenlager für radioaktive Abfälle müsse in der Nähe des TEB verhindert werden. Schliesslich stimmten dennoch 18 von 32 anwesenden Räten dafür. Der deutsche Landtagsabgeordnete Ulrich Lusche (CDU) hatte den Antrag abmildern wollen, da er das Sankt-Florians-Prinzip ablehne. Lusche wollte lieber zurückhalten, der formulieren. Widerspruch kam hier vorwiegend von Schweizer Ratsmitgliedern, die eine deutliche Ablehnung forderten.